

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

17. WP - 2. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. November 2009, 13 Uhr  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Hauke Göttsch (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Lothar Hay (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

Günther Hildebrand (FDP)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ranka Prante (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Petra Nicolaisen (CDU)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Fehlende Abgeordnete**

Detlef Buder (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Vorstellung der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Juliane Rumpf</b>	<b>4</b>
hierzu: Umdruck 17/30	
<b>2. Grüne Woche 2010</b>	<b>6</b>
<b>3. Weitere Terminplanung</b>	<b>7</b>
hierzu: Umdruck 17/12	
<b>4. Verschiedenes</b>	<b>8</b>

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vorstellung der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Juliane Rumpf**

hierzu: Umdruck 17/30

M Dr. Rumpf stellt ihre Person sowie ihren bisherigen beruflichen Werdegang vor.

Sie informiert den Ausschuss ferner darüber, dass nach dem Scheitern des Umweltgesetzbuches auf Bundesebene eine Reihe von Bundesgesetzen novelliert worden seien. Der Bund habe seine Gesetzgebungskompetenz in vielen Bereichen genutzt, den Ländern aber auch die Möglichkeit gegeben, andere Regelungen zu treffen. In weiteren Bereichen habe er die Gesetzgebungskompetenz nicht genutzt, auch hier bestehe Spielraum für die Länder. Außerdem gebe es definierte Bereiche, in denen Länder von der Bundesregelung abweichen dürften.

Die Bundesregelung solle zum 1. März 2010 in Kraft treten. Wünschenswert wäre, auch die landesgesetzlichen Regelungen zum 1. März zu novellieren, um eine unklare Rechtslage zu vermeiden. Ihr Ministerium arbeite derzeit mit Hochdruck daran, die entsprechenden gesetzlichen Änderungen vorzubereiten.

Sie geht sodann auf den Klimaschutzbericht 2009 aus der 16. Wahlperiode ein (Drucksache 16/2743) und stellt kurz die Schwerpunkte dieses Berichtes vor. Dabei bezieht sie sich auf die Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, den geplanten Anteil erneuerbarer Energien, den Energieverbrauch und den Anteil erneuerbarer Energien bis 2020. Sie resümiert, dass Schleswig-Holstein gegenüber der Bundesebene beziehungsweise den dort definierten Zielen gut dastehe.

Zum Bereich weiterer Ausbau erneuerbarer Energien gibt sie einen Überblick zu den Themen Windenergie, Biomasse, Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, Schutzpotenzial im Bereich Bauen und Wohnen, den kommunalen Klimaschutz, die Förderung von Modellregionen in der Land- und Forstwirtschaft sowie ein Konzept für Vertragsklimaschutz. Sie wirbt dafür, die Ziele und Maßnahmen der Landesregierung weiterhin zu unterstützen.

Um insbesondere den neuen Abgeordneten die Einarbeitung in die Thematik zu erleichtern, werde sie dem Ausschuss ein Infoblatt zum Themenportal Landwirtschaft und Umwelt zukommen lassen (Umdruck 17/30).

Ferner verweist sie auf die im Ausschuss verteilte Broschüre über Naturschutzziele bis 2020 und den neuen Jagd- und Atenschutzbericht hin.

Abg. Redmann fragt nach den persönlichen Schwerpunkten der Ministerin. Diese legt dar, sie sei bestrebt, darauf hinzuwirken, dass der vermeintliche Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Naturschutz, der in Wirklichkeit gar nicht so groß sei, zu verringern. Deshalb werde auch sie die Strategie ihres Vorgängers verfolgen, Naturschutzmaßnahmen nicht allein über Ordnungsrecht umzusetzen, sondern zu versuchen, Fördermaßnahmen zum Tragen kommen zu lassen. Beispielhaft nennt sie den Vertragsnaturschutz.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Grüne Woche 2010**

Der Ausschuss beschließt, eine Delegation zur Grünen Woche zu schicken. Teilnehmer sollen sein die beiden Vorsitzenden (Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender), außerdem aus jeder Fraktion ein weiterer Abgeordneter, also insgesamt acht Personen.

Zeitraum der Reise ist der 16. Januar bis 18. Januar 2010.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Weitere Terminplanung**

hierzu: Umdruck 17/12

Der Ausschuss beschließt die aus Umdruck 17/12 ersichtliche Terminplanung.

In diesem Zusammenhang machen die Ausschussmitglieder deutlich, dass terminliche Überschneidungen mit Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses misslich seien, und denken über Lösungsansätze nach.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 13:30 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin